



Demokrat

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich . . . Ks 16.— vierteljährlich . . . 48.— halbjährig . . . 96.— ganzjährig . . . 192.—

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Rückmeldung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich

Postredaktion: 26707. Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif billig berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

6. Jahrgang.

Samstag, 27. Feber 1926.

Nr. 50.

Volk und Fürsten in Deutschland.

In den nächsten Tagen werden im Reich die Listen zum Volksbegehrt aufgelegt werden. Das deutsche Volk wird zunächst darüber zu entscheiden haben, ob über die Enteignung oder Entschädigung der ehemaligen Fürsten die bürgerlichen Gerichte oder das Volk im freien Entschaid zu beschließen hat. Ein Verjäumnis der deutschen Revolution soll und kann in zwölfster Stunde gutgemacht werden, wenn Volksbegehrt und Volksentscheid gelingen. Die Sozialdemokratische Partei hatte schon vor Jahren dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der darauf abzielte, den Ländern das Recht der Abfertigung oder Enteignung der Fürsten zu übertragen. Die Aufösungen des Reichstags, die dringenden außenpolitischen Sorgen verhindern die Annahme des Gesetzes. Die Länder suchten sich mittlertweile zu helfen, indem sie mit den Fürsten Ausgleich schlossen, die die vollständige Ausplünderung des Landes verhindern sollten. Allerdings waren diese Ausgleiche immer noch für die Fürsten recht günstig und raubten dem deutschen Volk Millionenwerte. So sollte der preussische Staat Werte von 686 Millionen Mark behalten, den Hohenzollern aber 185 Millionen zahlen. Wenn man weiß, wie die Vermögen der deutschen Fürsten entstanden sind, wie das Gut des Volkes erpreßt und zusammengegrubt wurde, wie man Untertanen verkaufte und Bayern geschunden hat, dann ermisst man erst die Ungeheuerlichkeit des Unrechts, das auch mit derartigen „Ausgleichs“ am deutschen Volke noch begangen wurde. Die Ansprüche der Fürsten stiegen aber mit der wachsenden Reaktion. Heute macht die Gesamtforderung der verschiedenen Fürstenhäuser zwei und eine halbe Milliarde Mark aus (20 Milliarden Ks oder zwei Jahresbudgets der Tschechoslowakei). Einzelne Länder wurden an den Ruin gebracht. Das Land Thüringen, das gleich acht Fürstenhäuser entschädigen soll, steht vor dem Bankrott. Das Reich durfte der Unverschämtheit der Fürsten und der Gerichte, die ihnen immer mehr entgegenkamen, nicht untätig zusehen. Die nationalen Parteien wollten allerdings auch jetzt und wollen heute noch jede Enteignung der Landesväter verhindern. Das deutsche Volk sollte seine Dankbarkeit für die angestammten Herrscher dadurch betätigen, daß es sich freiwillig ausrauben ließ. Die Demokraten griffen nun den früheren sozialdemokratischen Antrag wieder auf und forderten ein Reichsgesetz, das den Gerichten die Verfügung über das Fürstenvermögen entziehen und den Ländern das Recht der politischen Lösung der Frage geben sollte. Zentrum und Volkspartei wollten aber acht Jahre nach der Revolution einen derart „revolutionären“ Akt, der, wenn auch ganz entfernt, so doch an die französische, russische und österreichische Revolution erinnert, nicht zulassen, sie sahen andererseits aber auch ein, daß man den Fürsten zuliebe nicht die Länder an den Bettelstab bringen und der monarchistischen Reaktion obendrein das Kapital zur Ausrüstung einer konterrevolutionären Armee bieten dürfte. Sie stellten ihrerseits den Antrag, die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte aufzuheben, aber dennoch eine gerichtliche Lösung beizubehalten; es sollten eigene Gerichtshöfe gebildet werden, die nicht nach dem geschriebenen Recht, sondern nach Billigkeit zu urteilen hätten. Da die Urteile dieser wahrscheinlich nach einer sehr zweifelhaften „Billigkeit“ urteilenden Gerichtshöfe aber unanfechtbar wären, so könnte in vielen Fällen die Unverschämtheit der Fürsten triumphieren. Für die Sozialdemokratie war auch dieser Vorschlag unannehmbar. Sie einigte sich mit der kommunistischen Partei auf das Volksbegehren.

Allerdings war das Volksbegehren und der etwa zu erzielende Volksentscheid für die Sozialdemokraten von allem Anfang nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum

Schwedens Beto.

Gegen Deutschlands Völkerbund-Konkurrenten. — Der Locarnopakt steht und fällt mit der einstimmigen Aufnahme Deutschlands.

Berlin, 26. Feber. Wie an bestunterrichteter Stelle verlautet, bleibt die Stellungnahme Schwedens gegen eine Erweiterung des Völkerbundes durch andere Mächte außer Deutschland unerschütterlich. Schweden hat seinen Standpunkt in sämtlichen Hauptstädten mitteilen lassen und erklärt, daß es gegen eine solche Erweiterung stimmen werde, auch wenn es mit seiner Stimme allein bleiben sollte. Die ganze schwedische öffentliche Meinung steht hinter dieser Ansicht. In deutschen Regierungskreisen ist man insofern dieser Stellungnahme Schwedens der Meinung, daß damit praktisch die ganze Frage erledigt ist. Schweden geht von dem Gesichtspunkte aus, daß ein Riegel vorgehoben werden müsse gegenüber der Gefahr, daß vielleicht auch noch andere Ansprüche gestellt werden. Von deutscher Seite wird behauptet, daß Deutschland nicht gegen eine Vermehrung der Ratsitze sei; es wolle aber ruhig und objektiv dazu Stellung nehmen und verwehre sich deshalb dagegen, daß gleichzeitig mit seiner Aufnahme auch über die Aufnahme anderer Mächte entschieden werde. Was die Beratungen betreffe, die am 7. März in Genf der eigentlichen Tagung des Völkerbund-

rates vorangehen sollen, so glaubt man deutschseits, daß die Diskussion sich auf alles Mögliche erstrecken dürfte, auf mangelhafte Rückwirkungen einerseits, auf angeblich nicht erfüllte Bedingungen andererseits. Eine Beschränkung, daß am Ende Deutschland nicht aufgenommen werden könnte, hegt man hier nicht. Deutschland werde sich aber jedenfalls vorher der Zustimmung der Mächte versichern. Sollte diese nicht einmütig erfolgen, so wäre es mit der deutschen Delegation in Genf auch zu Ende. Uebrigens werde in Genf auch der Austausch der Ratifikationsurkunden der Verträge von Locarno stattfinden. Natürlich würden auch diese hinfallig, wenn Deutschland in den Völkerbund nicht aufgenommen würde.

Der Völkerbundsekretär intrigiert.

Sir Drummond betreibt die Vermehrung der Ratsitze.

London, 26. Feber. Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, entfalte Sir Erich Drummond während seines Aufenthaltes in London eine starke Aktion für eine Verleihung von ständigen Ratsitzen an Polen, Spanien und Brasilien.

Deutsche Sachlieferungen für 300 Millionen Mark an Rußland.

Ein großzügiges Kreditgeschäft knapp vor dem Abschluß.

Berlin, 26. Feber. (Eigenbericht.) Mit dem Abschluß des Warenkreditgeschäftes mit Rußland im Betrage von 300 Millionen Mark ist bereits in den nächsten Tagen zu rechnen. Die Angelegenheit ist im Hauptauschuß des Reichstages bereits zustimmend erledigt. Das Haupthindernis bilden nurmehr die Großbanken, die ein besonders günstiges Geschäft dabei machen und sich nicht mit einem um zwei

Prozent höheren Zinsfuß über dem Reichsbankdiskont begnügen wollen. Sie verlangen vielmehr außerdem noch außerordentliche hohe Provisionen.

Der russische Hauptunterhändler will nächste Woche nach Moskau abreisen, um dort Bericht zu erstatten. Die Lieferungsverhandlungen mit der deutschen Industrie sind bereits aufgenommen worden.

Prozent. Die Sozialdemokratie will dem deutschen Volk das Vermögen erhalten, das ihm von den Fürsten im Laufe der Jahrhunderte geraubt wurde. Die Kommunisten wollten durch die Massenfaktion für ihre Parteizwecke Stimmung machen und vor allem — der Sozialdemokratie schaden. Das zeigte sich schon in den vorbereitenden Aktionen. Die Kommunisten gaben die Weisung aus, daß bei allen Versammlungen und Kundgebungen der Kampf um die Seelen der Kleinbürgerlichen und proletarischen Massen zu führen sei, da man eine so gute Gelegenheit zur „Entlarbung“ der Sozialdemokratie nicht wieder finde. Das Rundschreiben fiel unseren Genossen in die Hände und sie konnten rechtzeitig allen kommunistischen Wandern entgegenarbeiten. Daß den sozialdemokratischen Arbeitern dabei die Lust zu der Zusammenarbeit mit den Kommunisten verging, ist leicht erklärlich. Die Sozialdemokratie hielt natürlich an dem Volksbegehrt fest, ließ aber nichts außeracht, um allenfalls einen günstigen Beschluß des Reichstages durchzusetzen, der dem durchaus nicht so sicheren Volksentscheid vorzuziehen wäre. Denn daß das Volksbegehren angenommen wird, darüber kann kaum ein Zweifel bestehen. Es sind dazu etwa vier Millionen Stimmen (ein Fünftel der Wahlberechtigten) nötig. Zur Annahme des Volksentscheids aber sind mindestens 50 Prozent der Stimmen aller Wahlberechtigten nötig, das sind zwanzig Millionen Stimmen. Da nun die proletarischen Parteien bei der letzten Präsidentschaftswahl zusammen etwa elf Millionen Stimmen erzielten, so muß jeder Arbeiter mindestens einen zweiten Wähler an die Urne bringen. Die bürgerlichen Parteien arbeiten mit allen Mitteln für die Stimmenthaltung und nur die Demokraten dürften für die Enteignung stimmen. Bedenkt man, daß es die Großgrundbesitzer in der Hand haben, bei der Stimmenthaltung der Bürgerlichen, die Landarbeiter und Kleinbauern zu kontrollieren und durch Terror an der Stimmgabe zu hindern, so

wird es zweifelhaft, ob die zwanzig Millionen Stimmen aufzubringen sind.

Den Kommunisten mag das einerlei sein der Sozialdemokratie liegt aber daran, nach vor dem Volksentscheid, solange dieser noch als Respressalie gegenüber den Bürgerlichen dienen kann, auf parlamentarischem Wege eine günstige Lösung zu erzielen, die durch einen günstigen Volksentscheid immer noch umgestoßen werden könnte. Die Sozialdemokraten erklärten also, sie würden für den demokratischen Antrag noch, also für die Uebertragung der Abfindungen von den Gerichten auf die Landtage stimmen, wenn das Zentrum und die Volkspartei sich ebenfalls auf diesen Antrag einigten. Es ist kein Zweifel, daß in den schwer bedrohten Ländern, in Preußen und Thüringen, die Landtage gegen die Fürsten entscheiden müßten; vor allem aber kann man in jedem Lande immer noch das Volk befragen. Die Kommunisten aber verschrien dieses Vorgehen der Sozialdemokraten als „Verrat“ und erklärten, ihr Redner hätte er zu Wort bekommen, die Sozialdemokraten „entlarvt“. Nach einigen Tagen kam er zu Wort und erklärte — der Antrag noch wäre der beste und annehmbarste Ausweg.

Der Kampf der Sozialdemokratie gegen die Fürsten wird durch die Demagogie der Kommunisten erschwert und gefährdet. Deutlich zeigt sich, daß die Moskowiter gar nicht das Interesse des Volkes, sondern nur das ihrer Partei im Auge haben. Die Sozialdemokratie ringt weiter um die erfolgreiche parlamentarische Lösung, sie sieht in dem Volksentscheid nur das letzte Mittel, weil er das riskanteste Mittel ist; auch der Arzt wird erst operieren, wenn jedes andere Mittel verlagert und der lebensgefährliche chirurgische Eingriff nichts mehr verderben kann. Die Kommunisten dagegen spielen auch diesmal den Arzt, der auf eine gewinnreiche Operation spekuliert, die für ihn zwar „gelingen“ mag, aber mit dem Tod des Patienten endet.

Einige Schlußbemerkungen

zur Diskussion „Religion ist Privatangelegenheit“.

(Schluß.)

Jene Genossen, die aus der Sozialdemokratie eine Partei des Religionskampfes machen wollen, berufen sich gerne auf das Wort von Marx, daß die Religion Opium für das Volk sei. Marx würde sich wahrscheinlich gegen die Verallgemeinerung des Satzes und seine kritische Uebertragung auf die heutigen Verhältnisse wehren. Denn inzwischen ist das Arsenal der Bourgeoisie um viele neue Kampfmittel bereichert worden. Damals mochte sie noch mit Religion und Schmap auskommen, um das erwachende Klassenbewußtsein der Arbeiter zu ertränken. Heute muß sie einen viel komplizierteren Apparat in Bewegung setzen, damit das Denken des Proletariats von seinen Klasseninteressen abgelentet werde. Die Religion wird zwar noch immer zur Förderung kapitalistischer Herrschaftsinteressen mißbraucht, sie ist aber nicht mehr das Opium für das Volk, sondern eines unter den vielen Opiumen, die den Arzneikasten der bürgerlichen Welt füllen. Ist nicht auch das Kino, das allabendlich in tausend überfüllten Sälen das geschminkte Bild unserer Gesellschaftsverhältnisse zeigt, ein Einschläferungsmittel? Ist nicht der bürgerliche Sport mit seinen verlogenen Sensationen, die in aller Welt Millionen von Arbeitern in ihren Bann ziehen, ein Gegengewicht gegen das Klassenbewußtsein? Ist nicht auch das Fordauto, das der amerikanischen Arbeiteraristokratie die Möglichkeit eines bürgerlichen Lebensgenusses vorträgt, ein furchtbares Hemmnis für den Fortschritt des Sozialismus? Und gar die bürgerliche Presse, die mit ihren Millionenauflagen in allen kapitalistischen Ländern bürgerliches Denken, egoistisches Fühlen bis in die armseligsten Proletariatswohnungen verpflanzt, ist sie nicht das gefährlichste Opium für das arbeitende Volk? In der Tat: Von dieser Seite her drohen der geistigen und moralischen Höherentwicklung der Arbeiterklasse unerhörte Gefahren, und es ist das mehr instinktive Erkennen dieser neuen Hindernisse proletarischer Befreiung, das einen großen Teil unserer besten Genossen dazu veranlaßt, ihre ganze Kraft dem Aufbau einer neuen Arbeiterkultur zu widmen. Da sind neben den Freidenkern, die die Fesseln kirchlicher Bevormundung brechen wollen, die Arbeiterabstinenzanten, die den Volkserbberber Alkohol bekämpfen. Da sind unsere Erziehungsorganisationen, die Jugendlichen und die Kinderfreunde, deren Ziel es ist, Geburthelfer und Wegbereiter des sozialistischen Menschen zu sein. Da sind noch die mächtigen Organisationen für proletarische Körperkultur, dann die Naturfreunde, die Arbeiteresperantisten, seit neuerer Zeit die proletarischen Radio-Amateure und noch viele andere Sonderorganisationen, die auf einem bestimmten Teilgebiet dem Aufstieg des Proletariats dienen.

Diese gewaltige Entwicklung der Arbeiterbewegung nach der kulturellen Seite hin, die gerade ein schnelleres Tempo in jener Zeit einschlägt, da der Weg des politischen Vormarsches durch Spaltung und Reaktion verperrt zu sein scheint, bringt ein neues großes Problem zum Vorschein: das Verhältnis der Gesamtbewegung zu den Sonderorganisationen. Er liegt in der Natur der Sache, daß jeder sein Arbeitsfeld als das wichtigste ansieht, daß jede Sonderorganisation in erster Reihe für sich Berücksichtigung und Unterstützung beansprucht. Dabei entsteht die Gefahr, daß der Partei, als der ersten Repräsentantin der Gesamtarbeiterbewegung, durch die vielen organisatorischen Absonderungen soviel Blut und Kraft entzogen werden könnten, daß sie dann nicht imstande ist, allen Anforderungen ihrer kulturellen Bruderorganisationen zu entsprechen. Da auf der anderen Seite immer Genossen stehen werden, die die Partei, ihr Wachstum, ihre Entwicklung als das höchste Ziel ihres Strebens betrachten, ist der Konfliktstoff gegeben. Zu klaren Lösungen: erden wir auf diesem Felde erst dann kommen, wenn die vielen kulturellen Sonderorganisationen in eine große proletarische Kulturbewegung zusammengefaßt werden, die sich als neuer, mächtiger Faktor in das Gefüge der Gesamtarbeiterbewegung eingliedert. Mit der jüngst erfolgten Schaffung eines proletarischen Kulturbundes in Deutschland, wurde ein verheißungsvoller Schritt nach dieser Richtung getan.

Genosse Bauer hat unlängst in einer großen Rede auf der Tagung der österreichischen Arbeiterabteilungen das Verhältnis der Partei zu

„Rote Bestien“.

Ein Schulbeispiel hatenkreuzlerischer Nachrichtenfälschung.

Unter dem Titel „Rote Bestien“ bringt der „Tag“ vom 24. Feber eine Meldung, der wir die den gleichen Tatbestand beinhaltende Meldung der kapitalistischen, demnach kaum sozialistenfreundlichen „Reichenberger Zeitung“ entgegenstellen:

„Reichenberger Zeitung“:

Wüste Schlägerei bei einem Gesangsvereinsfest. In Alt-Landsberg kam es, wie man aus Berlin meldet, in den frühen Morgenstunden des Sonntags zu wüsten Ausschreitungen zwischen rechtsradikalen jungen Leuten und den Gästen einer Vereinsfestlichkeit. In dem Hotel „Friedrichslust“ in Alt-Landsberg fand das Stiftungsfest eines Männergesangsvereins statt, das sich bis in die frühen Morgenstunden hinzog. Pöhllich drangen in den Schankraum des Hotels, in dem sich zahlreiche Gäste mit politischen Abzeichen befanden, etwa 25 junge Burschen ein, die sich nach einem Wortwechsel auf die Gäste stürzten und ihnen die Abzeichen fortnahmen. Es entspann sich ein Handgemenge, doch gelang es schließlich dem Wirt, die Störenfriede aus dem Lokal zu weisen. Die Burschen holten jedoch Verstärkung heran und umstellten das Lokal. Als eine junge Frau den Tanzsaal verließ, wurde sie überfallen und blutig geschlagen. Dann schlugen die Ausschreitenden die Fenster des Hotels ein. Das war das Zeichen zum allgemeinen Angriff. Die Festteilnehmer eilten auf die Straße, um die Frau zu schützen und die Angreifer zu vertreiben. Es kam zu einer heftigen Schlägerei, wobei von Gummiknüppeln und Schußwaffen reichlich Gebrauch gemacht wurde. Der 19 Jahre alte Schmied Fritz Renz aus Neuenhagen, der zu den Angreifenden gehörte, hatte eine so schwere Kopfverletzung erlitten, daß er bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb. Von den Festteilnehmern haben außerdem noch sechs Personen schwere Verletzungen erlitten.

Diese Gegenüberstellung genügt. Denn sie zeigt am besten, wie der „Tag“ zu dem Zwecke, die Sozialdemokraten zu verleumden und zu beschimpfen, das Gegenteil der Wahrheit berichtet. Und das nennt das genannte Blatt „Vertretung von Arbeiterinteressen“.

„Der Tag“:

Rote Bestien.

Berlin, 23. Feber. Zu einer Gründungsversammlung des völkischen Frontbanns in Alt-Landsberg a. d. W. hatten sich Abordnungen der umliegenden Ortsgruppen begeben. Auf dem Wege zum Versammlungsort kamen etwa 60 Mann am Hotel Friedrichslust vorbei, wo das Veranlassen eines Gesangsvereins stattfand. Einige sozialdemokratische Reichsbannerleute des Vereins schimpften „Bluthund“, „Arbeiterverräter“ und ähnliche Liebesreden hinterher, ohne jedoch eine Erwiderung zu finden. Nach Schluß der Versammlung begaben sich einige Frontbannleute, die übrigen hatten sich in der Stadt zerstreut, in den Vorraum des Hotels, um ein Glas Bier zu trinken. Sofort wurden sie von Mitgliedern des Vereins, die das Reichsbannerabzeichen trugen, und aus den Festräumen herbeieilten, überfallen und aus dem Hause geworfen. Sie erhielten durch einige Kameraden Hilfe, wurden jedoch von besonnenen Führern fortgeführt. Im Quartier entdeckte man das Fehlen des Schmiedesellen Renz aus Neuhagen. Renz war durch die Säuger von den Kameraden abgedrängt und zu Boden geschlagen worden. Dann bearbeitete man ihn mit Stuhlbeinen und Schläglingen derart, daß sein Gesicht eine unförmliche Masse wurde. Der Schädel wurde gespalten, die Nase plattgedrückt und der Unterkiefer zertrümmert. Renz ist nach wenigen Stunden diesen unmenslichen Mißhandlungen erlegen. Zahlreiche Verletzungen sind auf beiden Seiten vorgekommen, doch ist festgestellt worden, daß sich der Frontbann durch Ruhe und Besonnenheit, besonders seiner Führer, ausgezeichnet hat.

zeigt am besten, wie der „Tag“ zu dem Zwecke, die Sozialdemokraten zu verleumden und zu beschimpfen, das Gegenteil der Wahrheit berichtet. Und das nennt das genannte Blatt „Vertretung von Arbeiterinteressen“.

Keine Beteiligung der Rassenhübler an den Demonstrationen für Bethlen.

Budapest, 26. Feber. Im Klub der Rassenhübler wurde gestern abends ein Bankett abgehalten, bei welchem Abg. Gömbös erklärte, daß der Frankauschuh den politischen Hintergrund nicht ausforschen konnte, weil ein solcher überhaupt nicht existiere. Die Unteruchung habe ergeben, daß die Rassenhübler mit der Frankfälschungsangelegenheit in keinerlei Zusammenhang stehen. Er forderte volle Genugtuung für die in dieser Richtung gegen die Partei gerichteten Angriffe.

Tibor Eckhardt erklärte, daß die Rassenhübler zwar die Regierung in der Frankfälschungsunterstützung und die Bestrafung der Schuldigen fordern, kündigte jedoch an, daß sich die rechtsradikalen Organisationen an der geplanten Demonstration nicht beteiligen werden, da sie die heutige Regierung als nicht genug rechtsstehend erachteten.

Nadossy und die K&Z-Jälcher.

Budapest, 26. Feber. „Bilag“ bringt heute Einzelheiten über die Teilnahme Nadossys an der Sofotfälschung. Demnach wurden bei den in Ungarn festgenommenen Mitschuldigen tschechoslowakische Notizen beschlagnahmt. Nadossy habe sich das Recht der Verfügung vorbehalten. So gelangten falsche tschechoslowakische Notizen im Betrage von 30 Millionen Kronen in den Besitz der Budapester Polizei, bezw. Nadossy. Die tschechoslowakische Regierung hatte bekanntlich damals die 500 Kronennoten eingezogen und neue emittiert. Bis 31. Dezember 1922 mußten die falschen Notizen eingeliefert werden. Meszaros und Genossen wollten nun die gefälschten alten Notizen verwenden und sie setzten sich in den Besitz der durch die Polizei beschlagnahmten falschen Notizen im Betrage von 30 Millionen Kronen. Sie betrauten in der zweiten Hälfte des Monats Dezember 1922 den Budapest-Börsenkommissionär Kuhn damit, mit den falschen 500 Sofot-Noten im Betrage von 30 Millionen K& nach Prag zu reisen und diese dort einzuwechseln, doch hatte ein Mitglied der Bande diese Pläne den tschechischen Behörden verraten und Kuhn wurde am 17. Dezember 1922 auf dem Prager Bahnhof verhaftet. Er gestand alles ein und teilte auch mit, durch wessen Hilfe er in den Besitz der falschen Notizen gelangt sei. Kuhn wurde seinerzeit vom Prager Gerichtshof zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Auch Kuhn habe, ebenso wie Janowich, ein genaues Tagebuch geführt, so daß die tschechoslowakische Behörde in keinem Tagebuch alles fand, was sie wissen wollte. Im Feber 1923 habe die tschechoslowakische Regierung in einer diplomatischen Note an die ungarische Regierung die Strafanzeige gegen die unbekanntenen Täter erstattet.

Karolyni und Telesi einvernommen.

Budapest, 26. Feber. Die Polizei hat heute den Grafen Emmerich Karolyni und den Grafen Paul Telesi sowie den Generaldirektor der Pester Vaterländischen Sparkasse Karl Erney einvernommen. Wie verlautet, hat Graf Karolyni, der in Anwesenheit der französischen

Polizeibeamten einvernommen wurde, Aufklärungen über die in seinem bekannten offenen Schreiben gemachten Anspielungen gegeben. Die Einvernahme Erneys und des Grafen Paul Telesi, der Direktionsmitglied der genannten Sparkasse ist, soll damit zusammenhängen, daß die bekanntlich bei der Fälschungsaktion lombardierten 150 Stück Tausendfranknoten von dieser Bank an die Pester Vaterländische Sparkasse zum Lombard weitergegeben wurden. Die Vaterländische Sparkasse habe die Franknoten ohne weiteres lombardiert, da damals von den Frankfälschungen noch nichts bekannt war. Graf Telesi habe in dieser Angelegenheit niemals interveniert.

Schulze unzurechnungsfähig?

Berlin, 26. Feber. (Wolff.) Gegen den in die ungarische Frankfälschungsaffäre verwickelten Schulze ist nunmehr die Voruntersuchung eröffnet worden. Bei seiner Einvernahme machte Schulze einen so geistesverwirrten Eindruck, daß er zur Beobachtung seines Geisteszustandes in ein Lazarett überführt wurde.

Eine Friedensrede Briands.

Paris, 26. Feber. In der heutigen Kammer-sitzung ergriß Ministerpräsident Briand das Wort. Die Kammer ist nicht besch. In der Diplomatenloge bemerkte man u. a. den deutschen Botschafter von Hoesch.

Briand ergreift das Wort zu einer großzügigen Rede, die er aus seinem Innersten heraus sprechen möchte. Stellenweise spricht er mit ganz leiser Stimme, wie wenn er nur zu sich selber sprechen würde, so daß er nur in den vordersten Bänken der Kammer zu hören ist. Er führt u. a. aus: In den Abkommen von Locarno liegt für Frankreich ein großes moralisches Werk. Frankreich wurde vielfach verdächtigt. Als ich aber als erster erklären konnte, daß Frankreich das Protokoll ohne Vorbehalte unterzeichnen werde, wurde der Welt sein wahres Gesicht gezeigt. (Starker Beifall) Diese moralische Kraft hat Frankreich in Locarno bewahrt. Briand schildert sodann, wie er dort mit Stresemann zusammentraf, wobei von einem neuen Europa gesprochen wurde. Briand hofft, daß das deutsche Volk diese Rede verstehen werde. Wir sind beide große Nationen und oft schon haben wir uns auf den Schlachtfeldern begegnet. Er fragt aber, ob es unerlässlich notwendig sei, daß alle 25 oder 30 Jahre ein Krieg bei beiden Völkern das vernichtet, was Glanzendes ihre Lichtigkeit unter geschaffen hat? Und da antwortete Briand unter stürmischem Beifall der ganzen Kammer laut: Niemals!

Rückkehr zur S.P.D.

Berlin, 26. Feber. (Eigenbericht.) Der frühere kommunistische Abgeordnete Seydeman aus Königsberg ist der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Landtages beigetreten, die somit 115 Mitglieder stark ist.

Das Goldland Amerika.

378 Millionen Dollar Steuerherabsetzungen. New York, 26. Feber. (Reuter.) Präsident Coolidge hat den Gesetzentwurf unterzeichnet, mit welchem die Steuern im nächsten Jahre um 378 Millionen Dollars herabgesetzt werden.

Sitzung der Exekutive der S. A. J.

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale wird ihre nächste Tagung in Zürich am 11. und 12. April abhalten. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die Vorbereitung der Emigrationskonferenz, die von der S. A. J. gemeinsam mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund für den 18. Mai nach London einberufen wurde, sodann eine Reihe politischer Fragen, unter ihnen die Stellungnahme zur Abrüstungskonferenz und den politischen Verfolgungen in den Ländern der Reaktion, vor allem in Italien und Bulgarien; die weiteren Aktionen für die Ratifikation der Konvention von Washington über den Achtstundentag. Unter den organisatorischen Fragen wird auch die des Presbiterates und die vom Pariser Kongress in Aussicht genommene Organisation eines besonderen sozialistischen Frauenkomitees behandelt werden.

Der Sitzung der Exekutive wird am 10. April eine Sitzung des Büros der S. A. J. vorausgehen.

Reichsparteischulen.

Das Wort Viktor Adlers, daß es wichtig sei, Wähler zu gewinnen, wichtiger aber, Sozialisten zu erziehen, war in unserer Arbeiterbewegung immer der Leitgedanke der Bildungsarbeit. Getreu dem Worte Viktor Adlers, wurde aus die sozialistische Schulung der Funktionäre, vor allem der leitenden Vertrauensmänner, seit jeher der größte Wert gelegt. Die schlechte wirtschaftliche Lage unseres Proletariats und die ständigen schweren, alle Kräfte in Anspruch nehmenden, politischen Kämpfe, die von der deutschen Sozialdemokratie in diesem Lande geführt werden müssen, ermöglichen leider nicht die Schaffung von großen Arbeiterhochschulen, wie die vor kurzem in Wien eröffnete, und wie sie in Belgien und teilweise auch in Deutschland seit Jahren systematisch organisiert werden. Unsere Verhältnisse zwingen uns, mit bescheidenen Mitteln zu arbeiten, sie gestatten uns vorläufig nur die Fortsetzung jener Schulen, die schon im alten Oesterreich und auch in dem neuen Staate in Teplitz, Karlsbad und Reindlich mit viel Erfolg veranstaltet wurden.

Da seit der Karlsbader Parteischnule und der Frauenreichterschule in Reindlich bereits eine längere Zeit verstrichen ist, erweist sich die Veranstaltung einer Parteischnule und ebenso einer Frauenschule als dringend notwendig. Der Parteivorstand hat deshalb die Zentralkommission für das Bildungswesen beauftragt, je eine Reichsparteischule und eine Reichsfrauenschule zu organisieren.

Die Vorbereitungen hiezu sind abgeschlossen. Am Montag, den 1. März, wird bereits im Gemeindefestsaal in Reindlich die Reichsparteischule eröffnet, und unmittelbar anschließend wird die Reichsfrauenschule stattfinden. Die Reichsparteischule in Reindlich findet in Form eines Internats statt und dauert 4 Wochen. Die Schule wird gegliedert in eine Abteilung für die theoretisch mindergeschulten Genossen und in eine solche für die fortgeschrittenen. Der Lehrplan beider Schulen ist sehr reichhaltig. Als Lehrer wirken die Genossen: Dr. Ellenbogen, Dr. Max Adler, Professor Polach, Engelbert Graf, Viktor Stein, Dr. Emil Franzel, Dr. Emil Strauß, Dr. Dahn, Josef Hofbauer und Professor Kleinberg. Die Vorträge werden durch ausführliche seminaristische Übungen und Abenddiskussionen ergänzt.

Wir begrüßen es, daß die Veranstaltung einer Reichsparteischule möglich geworden ist und sind davon überzeugt, daß sie unserer in so schwerem Kampfe stehenden Partei wieder eine große Anzahl neuer agitatorisch befähigter Kräfte zuführen wird.

Nachstehend bringen wir den Unterrichtsplan der beiden Abteilungen:

Abteilung A.

Erste Woche: 1. Prof. Polach: Die Grundlagen der Politik. 2. Josef Hofbauer: Der sozialistische Redner und Journalist.

Zweite Woche: 3. Viktor Stein: Die moderne Gewerkschaftsbewegung. 4. Dr. Otto Dahn: Die Grundlagen des Marxismus. 5. Professor Kleinberg: Die Dichtung als Ausdruck der gesellschaftlichen Entwicklung.

Dritte Woche: 6. Dr. Emil Franzel: Das nationale Problem in der Tschechoslowakei. 7. Georg Engelbert Graf: Vom Handwerk zum Hochkapitalismus. 8. Josef Hofbauer: Sozialistische Lebensgestaltung.

Vierte Woche: 9. Georg Engelbert Graf: Jugendpsychologie. 10. Professor Max Adler: Die Geschichte der sozialistischen Ideen. 11. Die moderne Genossenschaftsbewegung.

Abteilung B:

Erste Woche: Professor Polach: Seminar über den Kommunismus. — Die Grundlagen der Politik.

Zweite Woche: Dr. Wiener: Arbeiterrecht in der Tschechoslowakei. Dr. Emil Strauß: Die Entwicklung des Kapitalismus in der Tschechoslowakischen Republik. Professor Kleinberg: Die Dichtung als Ausdruck der gesellschaftlichen Entwicklung.

Dritte Woche: Georg Engelbert Graf: Die Entwicklung des Weltkapitalismus nach dem Kriege. Dr. E. Franzel: Das nationale Problem in der Tschechoslowakei. Hofbauer: Sozialistische Lebensgestaltung.

Vierte Woche: Siegfried Taub: Probleme der Parteiarbeit. E. G. Graf: Massenpsychologie. Prof. Max Adler: Die Geschichte der sozialistischen Ideen. Dr. Wilhelm Ellenbogen: Die Politik der sozialistischen Parteien Europas seit Kriegsende.

18monatigen Dienstzeit zu befreien. Die Ansichten darüber sollen auch in dieser Partei geteilt sein, obwohl sich Minister Stibreny voll hinter die Forderung der Militärverwaltung stellt. — Der Klub der tschechischen agrarischen Abgeordneten beschloß zur vorläufigen Verlängerung der 18monatigen Dienstzeit im Prinzip die Zustimmung zu erteilen.

Ein neues Pensionsgesetz. Die Regierung hat der Abgeordnetenkammer einen Gesetzentwurf hinsichtlich der Uebernahme und Zuerkennung von Ruhe- und Versorgungsgenüssen im Zusammenhang mit den Pensionseinkommen der österreichisch-ungarischen Pensionsstaaten von Rom und Wien vorgelegt. Im Sinne dieser Abkommen, die von den zuständigen Ausschüssen angenommen sind und vor der Plenarverhandlung stehen, sollen die Ruhe- und Versorgungsgenüsse allen jenen Personen gewährt werden, auf die sich die genannten zwischenstaatlichen Abkommen vom 6. April 1922 und 30. November 1923 beziehen. Außerdem können im Sinne des Entwurfes in besonderen berücksichtigungswürdigen Fällen diese Genüsse nach freiem Ermessen auch Personen zugesprochen werden, die Staatsbürger der Republik sind oder werden. Das gleiche gilt von ihren Hinterbliebenen. Die Bestimmungen des Entwurfes gelten, soweit sie die Staatszugehörigkeit betreffen, auch für die Zuerkennung militärischer Ruhegenüsse an Personen, die in Sachen der Staatsbürgerschaft nicht voll dem Gesetze vom 19. März 1920 entsprechen. Der Entwurf soll Gesetzeskraft erlangen, sobald die erwähnten Abkommen Wirksamkeit erlangen. Der mit diesem Gesetz verbundene finanzielle Aufwand erscheint laut Kapitel 8/1 des Staatsvoranschlags budgetär gedeckt.

Die deutschen Steuerbeamten gegen die Staatsangestelltenvorlage. Der Hauptvorstand der Fachgewerkschaft der Steuerbeamten in der tschechoslowakischen Republik hat in seiner am 21. Feber 1926 in Prag abgehaltenen Hauptvorstandssitzung zu dem Gehaltsgesetz und den Sprachverordnungen Stellung genommen. Es wurde einhellig festgestellt, daß die von der Regierung eingebrachte Gesetzesvorlage über die Regelung der Bezüge der Staatsangestellten für diese ganz unannehmbar ist, weil sie für den Großteil der Angestellten keine wirtschaftliche Besserung ihrer Lage bedeutet und sie um ihre beste Errungenschaft, die automatische Vorrückung, bringt. Die von der Regierung ohne Berücksichtigung der Wünsche der deutschen Staatsangestelltenorganisationen herausgegebene Durchführungsverordnung zum Sprachengesetze verurteilt neuerlich eine große Beunruhigung der deutschen Staatsangestellten, die in ihr nur eine Fortsetzung des Strebens auf Ausmerzung aller deutschen Staatsangestellten sehen. Die deutschen Parlamentarier werden daher aufgefordert, das Gehaltsgesetz wie auch die Sprachverordnung mit allen gesetzlichen Mitteln auf das Schärfste zu bekämpfen und ihre Durchführung zu verhindern.

Ausland.

Gegen den Fascismus in Belgien.

Der Vorstand der belgischen Arbeiterpartei hat gemeinsam mit der belgischen Gewerkschaftskommission folgendes Manifest an das arbeitende Volk Belgiens gerichtet:

Leute, die die Vorbeeren des italienischen Diktators Mussolini nicht schlafen lassen und die der Fortschritt der Demokratie und des Sozialismus erschrecken, haben sich als „Fascio“ konstituiert.

Offen und in aller Deffentlichkeit bekennen sie sich zu der Absicht, mit den demokratischen Institutionen tabula rasa zu machen und sprechen davon, mit Gewalt die Organisationen zu vernichten, durch die die Arbeiterklasse dieses Landes an ihrem Werk der sozialen Emanzipation arbeitet.

Bis jetzt hat man diese Leute nicht ernst genommen. Sie sind ja wenig zahlreich und unfähig, durch ihre eigene Kraft ihr Programm des sozialen Rückschrittes zu verwirklichen. Aber sie sind ganz außerordentlich turbulent und bereit, zu den schändlichsten Mitteln zu greifen, um die Aufmerksamkeit der Deffentlichkeit auf sich zu lenken und sie über ihr wahre Kraft zu täuschen. Dies zeigte sich bei Gelegenheit der feierlichen Uebergabe der Fahnen der aufgelösten Regimenter.

Die organisierte Arbeiterklasse hat dieses Gebahren mit Aufmerksamkeit verfolgt. Die Fascisten sollen wissen, daß auf Gewalt mit Gewalt geantwortet werden wird und daß die in ihren Klassenorganisationen vereinigten Arbeiter jederzeit zu allem bereit sind, um die bedrohte Demokratie zu verteidigen und die von ihnen geschaffenen Werke vor dem Zugriff der Reaktion zu schützen.

Es sind etwa sechshunderttausend im Lande, Lohnarbeiter aller Berufe, Handarbeiter und Intellektuelle, die beim ersten Versuch von Seite der Fascisten sich zu einer gewaltigen Bewegung formieren werden, um den Anführern den Weg zu verlegen.

Alle Maßnahmen für diesen Fall sind bereits getroffen und die gegenwärtige demokratische Regierung, die für die Interessen des Landes zu sorgen hat, wird gut daran tun, die Zollhäuser in den fascistischen Lagen zur Vernunft zu bringen, um dem Land neues Unheil zu ersparen.

Nieder mit dem Fascismus! Es lebe die proletarische Demokratie!

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar.

SANA in jede Mehlspeise TEEMARGARINE

Eucere Verköhlung

verschwindet, jedoch ist dieselbe nicht erst abzuwarten, sondern derselben durch Verwendung eines guten Mittels vorzubeugen.

MENTHOL-FRANZBRANNTWEINES

ALPA

Haltet Euch, andere Marke zu kaufen, da Sie keine so wirkungsvolle Marke bekommen.

ALPA

Überall erhältlich! — Preis K 5.—

Beginnt am Mittwoch, den 31. März, nachmittags 3 Uhr. Am Freitag, den 2. April nehmen im großen Volkshausfool die Haupt-, Neben- und Jugendturniere ihren Anfang.

Kalla's Fischkonserven werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt. Verlangen Sie daher nur Kalla's Fischkonserven in allen Konsumvereinen erhältlich.

Matador Sportwolle Alpia Sportwolle Garanziezeichen NW&K

Bibliotheken für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt von der Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.

Alle Bücher liefert rasch und billig die Volksbuchhandlung Kreuzer & Co., Toplitz-Schönau, Theresienstraße 18-26.



Das harte Granitpflaster der Straßen erfordert bei jedem Schritt volle Körperarbeit und bei irgend einem Leiden, wo körperliche Bewegung notwendig ist, wird schon nach wenigen Schritten eine Steigerung der Schmerzen verspürt.

Gallensteinleidende, Nierenkranke, Fußleidende und Nervöse sollten ihren Körper gegen die brutale Erschütterung beim Gehen schützen. Das einfachste und billigste Mittel sind BERSON-GUMMIABSATZE.

BERSON sind kein Luxus, sie sind sogar billiger und haltbarer wie Leder. Wer BERSON an den Schuhen trägt, wird die Wohltat des elastischen Schrittes als mehr entbehren wollen.

Größte Dauerhaftigkeit, solideste und einfachste Konstruktion bietet das kleine Modell der AEG-Schreibmaschine. Einfachste Handhabung, von jedem Laien in wenigen Stunden erlernbar.

Kauft nur bei unseren Inferenten!

Festkleider werden immer gebraucht!

Nicht nur für den winterlichen Tanzabend und Ballaal benötigt man ein Festkleid, sondern auch zu jeder anderen Zeit des Jahres für Besuche aller Art.

Welletheit verloren hat. Ein Stilkleid zu besitzen, ist für jede schlanke, tadelloso gewachsene Frau durchaus praktisch.

und in der Weite den Formen des ungeschwungenen Körpers fein nachgeführt folgen. Zu weit würde stumpf, zu eng bängligend und nicht vornehm wirken.

Verlust an Zeit, Arbeit und Mühe fordert von Ihnen der Buchstabe, den Sie mit der Feder schreiben. Dem Strom unserer modernen Zeit Rechnung tragend, bedient sich fast schon ein Jeder einer Schreibmaschine.

Auf dieses Ziel steuert immer bewusster die Arbeiter-Sportbewegung in allen ihren Zweigen hin. Das Bestreben bricht sich immer mehr Bahn, anstelle der sportlichen Einseitigkeit umfassende Leibesübungen zu setzen.

Wenn es durch planmäßige, zielbewusste Arbeit unserer sporttreibenden Jugend ermöglicht wird, eine vollwertige Ergänzung des Sports durch geistige Schulung zu erzielen, so wird eine Jugend erwachsen, auf die die Arbeiterbewegung vertrauensvoll blicken kann.

Zwei neue „Naturfreunde“-Heime werden in diesem Frühjahr in Baden dem Verkehr übergeben. Die Ortsgruppe Offenbürg hat ein Heim im Mooswaldgebiet errichtet.

In der Osterwoche findet in Jena der vierte Bundestag des Deutschen Arbeiter-Schachbundes statt. Schon jetzt steht fest, daß rund 1000 Schachspieler aus allen Gegenden Deutschlands und des Auslandes die Gastfreundschaft des Arbeiter-Schachvereines Jena in Anspruch nehmen werden.



2377. Ballkleid aus bananengelbem Crepe Georgette für junge Mädchen. Semper-Schnittmuster, für jede Größe verwendbar.

2380. Stilkleid aus lachsroter Taft mit weißen Spitzenzwischenlagen ausgefattet. Semper-Schnittmuster, für jede Größe verwendbar.

2380. Stilkleid aus lilafarbenem Taft mit Garnitur aus blauem Taftband. Semper-Schnittmuster, für jede Größe verwendbar.

Herausgeber Dr. Ludwig Giesch, Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Niehner, Druck Deutsche Zeitungs-AG Prag, Für den Druck verantwortlich: O. Hill.

Verkaufsstellen d. gebrauchsfertig zugeschnittenen SEMPER-Schnittmuster: Die Zentrale der GEC, Prag II, Fügnerova nám. 4 und alle Warenhäuser der „GEC“ in Prag: II, Post 6, Hermine Reimann. In Prag: VII, Neliského 42, Gustav Bloch.